

Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsausschuss	08.12.2021
---	------------

öffentlich

Vorlage Nr.	688/2021-7
Stand	18.11.2021

Betreff Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, B'90/Grüne, SPD und UWG vom 29.10.2021 betr. Einbeziehung eines interfraktionellen Arbeitspapiers als Grundlage für die Beauftragung zur Erstellung eines Mobilitätskonzeptes

Beschlussentwurf Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsausschuss

Der Mobilitäts- und Verkehrsentwicklungsausschuss beschließt, das von den Fraktionen CDU, B'90/Grüne, SPD und UWG erstellte interfraktionelle Arbeitspapier als Grundlage für die Erstellung eines Mobilitätskonzeptes zu nutzen.

Sachverhalt

Die Fraktionen CDU, B'90/Grüne, SPD und UWG beantragen die Einbeziehung eines interfraktionellen Arbeitspapiers als Grundlage für die Beauftragung zur Erstellung eines Mobilitätskonzeptes. Das Arbeitspapier soll zudem als Grundlage für das Mobilitätskonzept genutzt werden und dabei der Verwaltung als Orientierung bei der Beauftragung des Büros dienen, sowie einem zu beauftragenden externen Büro die Vorstellungen der Fraktionen CDU, B'90/Grüne, SPD und UWG hinsichtlich des Mobilitätskonzeptes verdeutlichen.

Die Erstellung eines integrierten Mobilitätskonzeptes für die Stadt Bornheim wurde im Rahmen der Haushaltsberatungen des Doppelhaushaltes 2021/2022 beschlossen (siehe auch Vorl. 016/2021-2). Die Bearbeitung ist ab 2022 federführend durch das Stadtplanungs- und Liegenschaftsamt vorgesehen und in der Umsetzung der Prioritäten mit der Priorität 2 versehen (siehe auch Vorl. 486/2021-7).

Das Stadtplanungsamt wird sich demnach folgend mit der Beauftragung eines geeigneten Planungsbüros befassen und das o.g. Arbeitspapier dazu als Orientierungsrahmen heranziehen. Das Arbeitspapier soll zudem in die Bearbeitung des Mobilitätskonzeptes einfließen und dem noch zu beauftragenden externen Büro als Arbeitsgrundlage übergeben werden.

Aufgrund der umfangreichen Aufgabenstellung ist vor der Ausschreibung der Planungsaufgabe an einen externen Dienstleister zunächst die Erarbeitung einer dezidierten Leistungsbeschreibung notwendig. Das o.g. Arbeitspapier soll bei diesem Schritt bereits mit einbezogen werden.

Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen ergeben sich durch eine geplante Beauftragung eines externen Planungsbüros. Im Doppelhaushalt 2021/2022 sind 50.000,- Euro für die Erstellung des Mobilitätskonzeptes veranschlagt. Diese sind mit einem Sperrvermerk versehen.

Anlagen zum Sachverhalt

1. Gemeinsamer Antrag

2. Arbeitspapier der Fraktionen CDU, GRÜNE, SPD und UWG/FORUM zum
Mobilitätskonzept